

Serie: Politische Stiftungen in Asien (2)

Die Rosa Luxemburg Stiftung in Asien

Marlies Linke, Peter Linke, Sonja Blasig

Die Rosa Luxemburg Stiftung (RLS) arbeitet seit etwa 20 Jahren in unterschiedlichen Regionen Asiens. Rahmen für die Tätigkeit in Asien sind drei regional orientierte Programme, die jeweils einen spezifischen Fokus auf ausgewählte Länder und Fragestellungen legen. Nachfolgend wird auf Schwerpunkte unserer Analyse- und Projektarbeit in diesen Programmen eingegangen:

Die RLS in den Transformationsländern Ost- und Südasiens

Gegenwärtig ist die RLS gestützt auf Büros in Hanoi und Peking in China, Vietnam und Kambodscha tätig. Ausgehend davon, dass sie selbst Erfahrungen aus einem längeren gesellschaftlichen Wandlungsprozess einbringen kann und diese Erfahrungen in den Transformationsländern Ost- und Südasiens nachgefragt werden, entwickelte die RLS ihr Programm für die Arbeit mit Partnern in diesen Ländern. Thematische Schwerpunkte der Arbeit in dieser Region bilden die Komplexe Stärkung sozialer Gerechtigkeit, Förderung von Ansätzen nachhaltiger Entwicklung und Dialogprozesse zu alternativen Gesellschaftsmodellen. Die RLS arbeitet in der Region mit einem Partnernetzwerk aus akademischen Institutionen, staatlichen Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen.

Der Reformkurs, den China 1978 und Vietnam 1986 begann, brachte vor allem wirtschaftliche Dynamik und legte die Grundlage für die Verbesserung der Lebenssituation von Millionen von Bürgern Chinas und Vietnams. Auch Kambodscha gelangen beachtliche Erfolge bei der Armutsbekämpfung.

Der wirtschaftliche Aufstieg gerade Chinas verändert nicht nur das Land im Inneren, sondern auch seine internationale Position. Bei diesem rasanten Wachstum bestehen jedoch strukturelle Probleme der Wirtschaften fort oder verschärfen sich. Der politisch angestrebte Übergang zu einer ausgewogenen Struktur der Volkswirtschaft von einer extensiven Ressourcen verschleudernden und die Umwelt belastenden Wirtschaft zu einer intensiven, nachhaltigen und umweltverträglichen Entwicklung kommt nicht in dem durchaus gewollten und notwendigen Tempo voran.

Soziale Fragen zu adressieren und soziale Gerechtigkeit zu stärken, gehört zu den größten Herausforderungen für die Führungen und BürgerInnen dieser Länder. Nicht alle in diesen Staaten partizipieren gleichermaßen von wirtschaftlichen Erfolgen – die Schere zwischen ärmeren und wohlhabenderen Schichten der Bevölkerung öffnet sich weiter. Unterschiede in den Entwicklungstempi von verschiedenen Regionen und zwischen urbanen und ländlichen Gebieten sind als Probleme angesprochen. Die Hoffnung auf bessere Erwerbsmöglichkeiten führt Millionen von ArbeitsmigrantInnen in die Städte und beschleunigt den Trend zur Urbanisierung. Obwohl die Wirtschaftserfolge zu einem großen Teil aus der Arbeit dieser MigrantInnen erwachsen, bleibt ihnen und ihren Familien vielfach der Zugang zu sozialen Sicherungs- und Bildungssystemen versperrt.

Die Kommunistischen Parteien in China und Vietnam beanspruchen die Führungsrolle im Entwicklungsprozess ihrer Länder. In ihrer Projektarbeit unterstützt die RLS sowohl Sensibilisierungsprozesse staatlicher Entscheider für die positiven Potentiale zivilgesellschaftlichen Engagements wie auch die Ausweitung von Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger an den Entscheidungen auf unterschiedlichen Ebenen z.B. über die Stärkung des Zugangs zu Informationen zur bestehenden Rechtslage.

Die RLS in Zentralasien

In Zentralasien¹ kooperiert die Rosa Luxemburg Stiftung über ihr Regionalbüro Moskau bislang mit Partnerorganisationen in Kasachstan und Tadschikistan. Dabei ist sie in den vergangenen Jahren Zeugin erheblicher Veränderungen geworden.

In allen postsowjetischen Gesellschaften Zentralasiens dominieren inzwischen mehr oder weniger patriarchalisch-autoritäre Verhältnisse, basierend auf spezifischen Verwaltungsmechanismen (einer Gesellschaftspyramide mit einem sich omnipotent gebärenden Führer an der Spitze, der das System dadurch zusammenhält, dass er eine Beziehungshierarchie pflegt, die sich auf personelle Loyalität und materielle Zuwendungen gründet). Überlagert und verstärkt werden diese Prozesse durch gewaltige Retraditionalisierungsschübe, denen bereits weite Teile der vor allem nach 1917 gewachsenen urbanen Infrastruktur zum Opfer gefallen sind.

Dies sind die Rahmenbedingungen, mit denen es die Stiftung derzeit in der Region zu tun hat. Sie bestimmen Form und Inhalt entsprechender Bildungsangebote. Dabei stützt sich die RLS „naturgemäß“ auf staatsnahe Institutionen (Forschungs- und Analysezentren sowie genderorientierte NRO). Gegenstand gemeinsamer Projekte sind (bislang) geo- und kulturpolitische Fragestellungen, wobei das schwierige Verhältnis von säkularer Staatsmacht und Islam(ismus) eine besondere Stellung einnimmt.

¹ Nach bisheriger RLS-Definition umfasst Zentralasien die vier ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenien und Usbekistan sowie das euro-asiatische Kasachstan.

Einer Erweiterung der Themenpalette, insbesondere um innovative modernisierungstheoretische Sujets, steht die in der Region bislang gepflegte ethnozentrische Geschichtsschreibung im Wege, welche nicht nur blind macht für die gewaltigen zivilisatorischen Verluste der letzten zwei Jahrzehnte (insbesondere die Refeudalisierung von Gender-Beziehungen), sondern auch und vor allem Trennendes stärker betont als Einigendes.

Dabei wäre gerade die Bereitschaft, die materiellen und geistigen Ressourcen der Region zu bündeln und integrativ zu nutzen, neben verschiedenen nationalen auch eine regionale (nicht-ethnische) Identität auszuprägen, kurz: der Wille und die Fähigkeit, gegenüber der Welt mit einer Stimme zu sprechen, der einzige Weg, jenem geopolitischen *Terraforming* zu entgehen, das diverse Großmächte seit langem gegenüber der Region betreiben.

Nur ein eigenständiger Entwicklungspfad kann den Ländern der Region helfen, die vor ihnen stehenden Herausforderungen (und hier vor allem die Schaffung komfortabler, kommunikativer Gesellschaftsräume durch inklusive Politikansätze und nachhaltiges Ressourcenmanagement) langfristig in den Griff zu bekommen.

Dementsprechend groß ist die Bedeutung, die seitens der RLS regional- und geopolitischen Problemlagen beigemessen wird. Dabei von erheblicher Bedeutung: die Auseinandersetzung mit dem Verhältnis der zentralasiatischen Staaten zueinander, gegenüber transregionalen Konfliktzentren (Afghanistan, Pakistan), aber auch wichtigen externen Akteuren: Russland (Stichwort: Arbeitsmigration), China (Stichwort: Rohstoffextraktion) und USA (Stichwort: geostrategische Militärpräsenz).

Arbeitsschwerpunkte der RLS in Südasiens

Analysetätigkeit und direkte Aktivitäten vor Ort umfassen aktuell die Länder Bangladesch, Indien und Nepal; in Sri Lanka befinden sich Kooperationen in Vorbereitung. Während in Nepal und Bangladesch praktisch in allen Landesteilen konkrete Projektarbeit unterstützt wird, konzentriert sich die Arbeit in Indien vorrangig auf Westbengalen, Orissa, die Großregion Delhi sowie Karnataka.

In politischer Hinsicht sind regionsübergreifend gravierende Demokratiedefizite zu konstatieren. Korruption und Klientelismus sind weit verbreitet und lassen sich angesichts ausgeprägt hierarchischer Gesellschaftsstrukturen nur schwer überwinden. Vor diesem Hintergrund liegt ein inhaltlicher Schwerpunkt auf der Förderung von Partizipation benachteiligter Bevölkerungsgruppen, insbesondere von Frauen, an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Hierzu werden politische Bildungsangebote durch lokale Partner wie NGOs, AktivistInnen und Medienorganisationen gemacht.

Mit dem Schwerpunkt „Nachhaltige Entwicklungsmodelle“ unterstützt die Stiftung die Erarbeitung von Alternativen zum gegenwärtigen Entwicklungsparadigma und eine Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit. Dabei werden Fragestellun-

gen der Sicherheits-, Wirtschafts- und Umweltpolitik in Zusammenarbeit mit akademischen Institutionen, think tanks und zivilgesellschaftlichen Organisationen behandelt.

Insbesondere in Indien stellt der Widerspruch zwischen einer in wenigen Sektoren dynamischen Wirtschaftsentwicklung und gleichzeitig wachsender sozialer Ungleichheit eine Herausforderung dar. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Globalisierung lässt sich eine Verschiebung der Produktionsverhältnisse hin zu einer verstärkten Informalisierung von Arbeit mit ausgeprägt negativen Auswirkungen für ArbeitnehmerInnen, wie nicht-existente Sozialstandards oder der Ausbeutung von Arbeitnehmerrechten in Sonderwirtschaftszonen, beobachten.

Der Trend zur Arbeitsmigration infolge zunehmender Perspektivlosigkeit auf dem Land führt in den urbanen Zentren Südasiens zu einer Verschärfung der sozialen Verhältnisse. Unzureichender Zugang zu öffentlichen Gütern wie staatlichen Gesundheitsdiensten oder Bildungsangeboten verwehrt breiten Bevölkerungsgruppen die gesellschaftliche Teilhabe. Weiterhin gefährdet die so genannte entwicklungsbedingte Vertreibung durch die Ansiedelung von multinationalen Konzernen oder die Durchführung kontroverser Infrastrukturprojekte die Existenzgrundlage armer Bevölkerungsgruppen.

Gleichzeitig stellt die Krise der Landwirtschaft zunehmend eine Herausforderung dar. Obwohl Indien zu den größten Agrarproduzenten gehört, leben hier fast 50% aller weltweit unterernährten Kinder. Es liegt auf der Hand, dass Zielsetzungen wie die Millennium Development Goals nicht erreicht werden können, wenn das Land keinen wesentlichen Beitrag zur Armutsreduzierung leistet. Die Frage der Ernährungssouveränität stellt sich in ihren spezifischen Zusammenhängen in allen Ländern der Region. Genannt seien hier Aspekte wie Anpassungen an den Klimawandel, Alternativen zur industriellen Landwirtschaft und die soziale Bedeutung von Landreformen.

In Nepal liegt die größte Herausforderung der jungen Republik nach dem Ende des Bürgerkrieges in der Verabschiedung der neuen Verfassung. Die politischen Eliten aller Parteien liefern sich heftigste Auseinandersetzungen um die Ausprägung der föderalen Struktur des Landes. Gleichzeitig bleiben gesellschaftliche Gruppen wie Frauen, Dalits oder Indigene von Gestaltungsprozessen in Politik und Parlament ausgeschlossen. Vor diesem Hintergrund bleiben elementare Entwicklungsfragen wie soziale Sicherung oder Infrastrukturentwicklung ungelöst.